

Niederschrift Ausschuss 2.6.2005

Niederschrift
über die öffentliche Sitzungen
des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und dem Ausschuss zentrale
Dienste, SI/4169/05

anwesende Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann:

Vorsitz

Stv. Gerta Siller, (Stv. Frank Pongé und sein Stellvertreter wurden entschuldigt)

von der CDU-Fraktion

Stv. Gisela Schlüter, Stv. Dorothea Glauner, Stv. Jürgen Heinemann (Vertretung),
Frau Brita Krempel, Frau Christel Simon

von der SPD-Fraktion

Stv. Ursula Schulz, Stv. Helga Güster, Stv. Dr. Ralf Heming,
Stv. Arif Izgi (Vertreter)

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Silvia Meyer

von der FDP-Fraktion

Frau Andrea Seipp

von der WfW-Fraktion

von der PDS-Fraktion

Frau Bettina Granitzki

Beratende Mitglieder §58 I S. 7 GO NRW

Katrin Weber (Vertreterin), Frau Sigrid Dörpinghaus-Thiemann, Frau Rita Schäfer, Frau
Andrea Wetzchewald

von der Verwaltung

Herr Dr. Slawig, Frau Roswitha Bocklage

Schriftführerin

Frau Bärbel Mittelmann

Beginn: 16:07 Uhr

Ende: 17:07 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1. Verpflichtung der neuen Mitglieder

Die Mitglieder Frau Katrin Weber, Frau Sigrid Dörpinghaus-Thiemann, Frau Rita Schäfer und Frau Andrea Wetzchewald werden durch die Vorsitzende verpflichtet.

2. Gründung einer gemeinsamen Einrichtung der Bergischen Weiterbildung durch die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal

Vorlage: VO/0643/05

Herr Dr. Slawig weist darauf hin, dass der Verwaltungsvorstand der Stadt Remscheid erst am 30. Mai der Vorlage zugestimmt hat, sodass für Wuppertal die Freigabe der Vorlage erst kurzfristig erfolgen konnte.

Die SPD-Fraktion kündigte an, dem Beschluss zuzustimmen. Sie sieht die Vorlage als Zwischenbericht, der zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse weiter geleitet wird. Einige Punkte seien noch offen und zu klären.

Die CDU-Fraktion begrüßt die vorgeschlagene Kooperation und stimmt dem Vorschlag zu. Er sei zukunftsweisend. Die Verkehrsanbindung an Solingen sei gut und vereinzelt sogar besser als innerhalb Wuppertals.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßen eine Kooperation, kündigt jedoch an, dem Beschluss aufgrund folgender offener Punkte nicht zustimmen zu können:

- Die unterschiedlichen Größen der drei Städte wird nicht berücksichtigt.
- Aus der Vorlage sei nicht zu erkennen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Planungen beteiligt wurden.
- Es sind noch Finanzierungsfragen offen. Die Stadt Solingen habe ihrem Entwurf eine Anlage angefügt, aus der sich Mindereinnahmen für die Regionalstellen „Frau und Beruf“ ergeben. Die Vorsitzende bittet die Verwaltung diese Anlage den Wuppertaler Fraktionen auch zur Verfügung zu stellen. Die Summe der Kosten wie Sachkosten, EDV usw. seien nicht klar ausgewiesen.
- Die Stellungnahme des Personalrates liege den Fraktionen nicht vor.
- Die Fraktion habe den Eindruck, die Vorlage gehe über einen Grundsatzbeschluss hinaus.
- Die Fraktion erwartet, dass neben der Organisationsform des Zweckverbandes auch weitere Alternativmodelle geprüft werden.
- Die Fraktion wünscht sich eine bessere Übersicht über die Vor- und Nachteile der Kooperation einschließlich einer detaillierten Kostenaufstellung in Form einer Synopse.
- Die Vorlage lasse noch zahlreiche Fragen offen und sei nicht transparent.

Die Fraktion der PDS schließt sich den Bedenken der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an und wird der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen.

Frau Bocklage weist auf die vorliegende Stellungnahme der Gleichstellungsstelle hin. Die Stellungnahme geht auf die unterschiedliche Zuordnung der Regionalstelle „Frau und Beruf“ in Remscheid, Wuppertal und Solingen und die angemessene Beteiligung Wuppertals an den Entscheidungen über die Arbeit und Ausrichtung der neuen Organisationsstruktur ein. Zudem weist sie darauf hin, dass laut Landesgleichstellungsgesetz sowohl eine Gleichstellungsbeauftragte als auch eine Stellvertreterin für die Organisationsform „Zweckverband“ bestellt werden müssen. Die dadurch entstehenden Personalkosten sind in der Vorlage nicht aufgeführt.

Herr Dr. Slawig erläutert, dass der Grundsatzbeschluss notwendig sein, um der Verwaltung die Weiterarbeit zu ermöglichen. Er macht deutlich, dass die

Landesförderung für das Jahr 2005 durch Addition der Zuschüsse für die einzelnen Volkshochschulen definitiv gesichert ist, wenn noch in diesem Jahr eine gemeinsame Organisationseinheit gegründet wird. Er geht davon aus, dass durch die Zusammenlegung auch in 2006 keine Nachteile entstehen werden. Die Einbeziehung der Regionalstellen „Frau und Beruf“ muss noch genauer geklärt werden, da die bestehenden Zuschüsse nicht verloren gehen dürfen. Es ist davon auszugehen, dass es bei einer Kooperation der drei Städte, bezogen auf die Anteile der Teilhaberechte, von Seiten Wuppertals Kompromisse geben muss. Zudem können seiner Ansicht nach die zu erwartenden Einsparpotenziale in diesem Bereich langfristig nur durch Kooperationen mit anderen Städten abgefangen werden.

Beschluss vom 02.06.2005

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde mit Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.